

Protokoll vom 9. Februar 2000

TRAKTANDEN

1. Bericht des Büros des Einwohnerrates betreffend Totalrevision des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat, 1. Lesung Geschäft 3214
2. Postulat der SP/Kaktus-Fraktion betreffend Ergänzung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates zur Regelung über das Berichtsverfahren und die Berichtsabläufe für die einwohnerrätlichen Kontrollorgane (Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, Geschäftsprüfungs-kommission) / Gelegenheit zur Stellungnahme durch den Gemeinderat Geschäft 3190
3. Bericht des Gemeinderates betreffend Postulat von Andreas Graf und Olivier Rügsegger, SP/KAKTUS-Fraktion, Einrichtung einer direkten Kleinbuslinie während der Hauptverkehrszeiten zum Bahnhof Basel SBB Geschäft 3058A
4. Bericht des Gemeinderates betreffend Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plan (LESP) Mutation im Bereich der Parzellen Nr. A 1142, Nr. A 1147 und Nr. A 2278 entlang der Parzelle Nr. A 2436 in der Gewerbezone Geschäft 3176
5. Bericht des Gemeinderates betreffend Abrechnung über den Objektkredit von CHF 3'200'000.—für die Sanierung des Hallenschwimmbades im Schulzentrum Neualschwil Geschäft 3186

Teil B; Traktanden (Geschäftsberatungen nach der Pause)

1. Postulat von Heinz Baumgartner, SP/Kaktus-Fraktion, betreffend Schaffung eines Kindergartenrektorates (KG-Rektorat) Geschäft 3181
2. Postulat von Alexandre Philipp, FDP-Fraktion, betreffend Verbesserung der Informationsdichte durch den Gemeinderat Geschäft 3189
3. Postulat von Heinz Baumgartner, SP/Kaktus-Fraktion, betreffend "Mobile Geschwindigkeitsanzeigen" in Quartierstrassen Geschäft 3201
4. Postulat der SP/Kaktus-Fraktion, betreffend Sicherheit im Bereich der Traminseln entlang der Baslerstrasse Geschäft 3204

Bericht des Gemeinderates betreffend Lärm-Empfindlichkeitsstufen-Plan (LESP) Mutation im Bereich der Parzellen Nr. A 1142, Nr. A 1147 und Nr. A 2278 entlang der Parzelle Nr. A 2436 in der Gewerbezone, Geschäft 3176

Bruno Steiger, Gemeinderat, dankt für das Vorziehen des Geschäfts. Er erläutert anhand des gemeinderätlichen Berichts die Sachlage. Im Detail wird auf den Bericht Nr. 3176 verwiesen.

Olivier Rügsegger begrüsst namens der **SP/Kaktus-Fraktion**, dass zur Beilegung der Streitigkeiten aussergerichtlich, d.h. ausserhalb des Einwohnerrates, eine gütliche Lösung gefunden werden konnte. Die Fraktion stimmt dem Bericht zu.

Alice Märky: Für die **FDP-Fraktion** ist ein weiteres Verfahren unnötig, sie stimmt den Ausführungen des Gemeinderates mehrheitlich zu.

Aldo Piatti gibt namens der **CVP/SVP-Fraktion** ebenfalls seine Zustimmung bekannt.

://:

Einstimmig wird beschlossen, die Parzellen Nr. A 1142, Nr. A 1147 und Nr. A 2278 gemäss Mutationsplan auf einer Breite von 6.25 m ab Parzellengrenze Nr. A 2436 der Lärm-Empfindlichkeitsstufe III zuzuordnen.

Bericht des Gemeinderates betreffend Abrechnung über den Objektkredit von CHF 3'200'000.— für die Sanierung des Hallenschwimmbades im Schulzentrum Neualschwil, Geschäft 3186

Gemeinderat **Bruno Steiger** ist erfreut über die sowohl in technischer als auch in finanzieller Hinsicht erfolgreiche Sanierung. Die Kosten konnten um CHF 48'000.00 unterschritten werden. Verschiedene technische Neuerungen bewirken nachhaltige Energieeinsparungen, welche in Zukunft auch finanzielle Einsparungen bringen werden.

Bruno Steiger bittet um zustimmende Kenntnisnahme von der Bauabrechnung.

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, stellt fest, dass die Hallenbad-Sanierung für alle Benützer/innen erfolgreich ist. Weitsichtige technische Raffinessen haben sich gut bewährt. Auch die energiespartechnischen Massnahmen seien enorm. Er spricht den Verantwortlichen für die Planung und Realisierung im Zeitrahmen und ohne finanziellen Mehraufwand ein grosses Lob aus.

Negativ wertet er einzig die Eintrittspreise für Pensionierte und Familien. Die Schaffung eines Familienbillets wäre wünschenswert.

Die Fraktion zeigt sich sehr zufrieden mit der Abrechnung und freut sich bereits auf den nächsten Bericht dieser Art betreffend Sanierung der Schulhäuser.

Die **FDP-Fraktion** steht ebenfalls hinter der Hallenbad-Sanierung, den Kosten und dem Antrag des Gemeinderates, teilt **Alexandre Philipp** mit. Die Sanierung der 25-jährigen Anlage sei wichtig und für die Sicherheit notwendig. Er beantragt Gutheissung des gemeinderätlichen Antrags.

Karl Frei-Cavelti nimmt zustimmend Kenntnis vom Bericht und verdankt im Namen der **CVP/SVP-Fraktion** die geleistete Arbeit von Departementsvorsteher Bruno Steiger, Abteilungsleiter Hochbau Walter Stammbach, Leiter-Stellvertreter Hochbau Adolf Biedert und Bademeister Uwe Kraft.

://

Von der Bauabrechnung für die Sanierung des Hallenbades Allschwil in Höhe von CHF 3'151'197.00 wird zustimmend Kenntnis genommen.

Bericht des Büros des Einwohnerrates betreffend Totalrevision des Geschäftsreglementes für den Einwohnerrat, 1. Lesung Geschäft 3214 Postulat der SP/Kaktus-Fraktion betreffend Ergänzung des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates zur Regelung über das Berichtsverfahren und die Berichtsabläufe für die einwohnerrätlichen Kontrollorgane (Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, Geschäftsprüfungskommission) / Gelegenheit zur Stellungnahme durch den Gemeinderat, Geschäft 3190

Eintretensdebatte

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, ist erfreut, dass die Anregungen (Vorstösse Nrn 3026 und 3062) von Einwohnerrat Ulrich Keller im Entwurf Geschäftsreglement Einwohnerrat Eingang gefunden haben. Gleichzeitig stellt er sich aber die Frage, ob der Reglementsentwurf gekürzt werden kann. Die Vernehmlassung in den Fraktionen ist infolge starker Belastung unter Druck entstanden, deshalb stellt der Sprechende die Erstberatung im Plenum – ohne Vorberatung in der zuständigen Kommission - in Frage. Seiner Meinung nach sollen sich Reglemente auf die substanziellen Punkte konzentrieren. Ein Teil der SP/Kaktus-Fraktion unterstütze die Ueberweisung an die Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, welche im Moment ohne Aufträge sei. Der Zeitpunkt der Einführung dürfe nicht die Arbeit im Rat bestimmen. Jean-Jacques Winter beantragt die Ueberweisung des totalrevidierten Geschäftsreglementes des Einwohnerrates an die Reglementscommission zur Vorberatung.

Ratspräsident **Dr. Guido Beretta** erläutert, warum sich das Büro für eine direkte Beratung im Parlament entschieden hat. Wunschtermin für die Inkraftsetzung ist der 1. Juli 2000, die Bereitstellung des Reglementes muss demzufolge früher erfolgen, speziell für die neuen Ratsmitglieder. Auch hat der Erlass Einfluss auf die Bildung der Kommissionen für die neue Legislatur. G. Beretta ist überzeugt, dass durch das mehrschichtige Vorgehen (Entwurf während 2 Monaten an Fraktionen zur Vernehmlassung, dann gemeinsame Sitzung Fraktionsvertretungen/Büro-Mitglieder) genügend Zeit für Stellungnahmen war. Zudem wurden sämtliche Anregungen der Fraktionen berücksichtigt. Das Reglement des Einwohnerrates sollte auch von diesem im Plenum beraten werden können. Die 2. Lesung ist anlässlich der April-Sitzung vorgesehen.

Jakob Vogt-Pauluzzi, erklärt namens der CVP/SVP-Fraktion Zustimmung zum Eintreten.

Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, ist der Meinung, dass genügend Zeit war, zum Reglementsentwurf Stellung zu nehmen. Zudem lehne sich der Entwurf an das Geschäftsreglement des Landrates an. Er spricht sich für die Beratung im Plenum aus.

://

Der Antrag der SP/Kaktus-Fraktion auf Ueberweisung des Entwurfs für ein totalrevidiertes Geschäftsreglement des Einwohnerrates an die Reglementscommission zur Vorberatung wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Detailberatung

Sämtliche Anträge der Fraktionen liegen schriftlich vor und liegen diesem Protokoll bei.

§ 1: Kein Wortbegehren.

§ 2: Kein Wortbegehren.

§ 3: Kein Wortbegehren.

- § 4: Kein Wortbegehren.
- § 5: Kein Wortbegehren.
- § 6: Kein Wortbegehren.
- § 7: Kein Wortbegehren.
- § 8: Kein Wortbegehren.
- § 9: Kein Wortbegehren.
- § 10: Kein Wortbegehren
- § 11: Kein Wortbegehren.

§ 12 Ratspräsidium

Olivier Rügsegger, SP/Kaktus-Fraktion, wünscht eine Erläuterung zur Bestimmung "e. sie oder er beaufsichtigt die Arbeit der Kommissionen".

Der Vorsitzende **Dr. Guido Beretta** erklärt, dass es nicht um eine materielle Aufsicht gehe, sondern um eine Art Geschäftskontrolle.

- § 13: Kein Wortbegehren.
- § 14: Kein Wortbegehren.
- § 15: Kein Wortbegehren.
- § 16: Kein Wortbegehren.
- § 17: Kein Wortbegehren.

§ 18 Ständige Kommissionen

Antrag der FDP-Fraktion:

Streichung von Ziff. 1e in Abs.2: Umweltkommission.

Alice Märky, FDP-Fraktion, begründet den Antrag damit, dass diese Kommission ihren Auftrag erfüllt hat und nicht mehr tagt.

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, kann diese Meinung nicht teilen. Der Umweltgedanke höre nie auf. Auch wenn der erste Auftrag der Kommission abgeschlossen ist (Erarbeitung eines Entsorgungskonzeptes), hat die Umweltkommission eine Berechtigung. Dass das Gremium lange nicht getagt hat, liegt daran, dass der Gemeinderat diesem keine Aufträge erteilt hat. Es hat in dieser Legislatur eine Sitzung stattgefunden, die Kommission hat sich konstituiert und man hat grundsätzliche Fragen diskutiert. Der Sprechende zitiert aus dem 1. Protokoll der Tätigkeit der Umweltkommission einige damals vom Gemeinderat zur Bearbeitung überwiesenen Vorstösse: Förderung von Allelen, Zweiphasenkatalysatoren, Heizen mit der Erdsondentechnik, Erhaltung und Bereicherung der Allschwiler Fauna, Umweltbeauftragter (erfüllt), Förderung der Verbundenheit zur Natur und zu Allschwil (erfüllt), Lärm und Rauchemissionen aus ZS-Anlagen, Allschwils Schulen und der Umweltschutz etc. Damit wird klar, dass der Auftrag keinesfalls erfüllt ist. Die Kommission ist bereit, ihre Arbeit aufzunehmen.

Jakob Vogt-Pauluzzi, CVP/SVP-Fraktion, sieht die Existenz der Umweltkommission ebenfalls als berechtigt, auch wenn sie im Moment einen Stillstand hat. Gerade im Hinblick auf die Zukunft (Ziegeleiüberbauung, Mühlitali etc.) erachtet er deren Auftrag noch nicht als erfüllt. Die Fraktion ist gegen den Antrag der FDP.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, ist seit Beginn 1988 Mitglied der Umweltkommission und befürwortet deren Auflösung, weil ein Grossteil der von J.J. Winter aufgezählten Postulate erfüllt sei. Bei Einsetzung der Kommission hatte sie klar die Erarbeitung des Entsorgungskonzeptes und -reglements zur Aufgabe. Es bestand damals die Meinung, die Umweltkommission – gegründet als einwohnerrätliche Kommission - so lange bestehen zu lassen, wie Bedarf besteht. Dieser ist heute nicht mehr gegeben, denn in zwei 2 Legislaturen hat sie nur 2-/3-mal getagt. Hp. Frey macht beliebt, die Umweltkommission in § 18 zu streichen und für anfallende Aufträge objektbezogen eine Sonderkommission einzuberufen.

Dr. Lukas Rosenthaler, SP/Kaktus-Fraktion, hört aus der Diskussion, dass die Begriffe "Umwelt" und "Abfall" irrtümlicherweise gleichgesetzt werden. Es wäre dumm, wenn die Umweltkommission jetzt aufgelöst wird und dann bei Bedarf wieder eingesetzt werden muss. Umweltprobleme wird es immer geben.

Peter Hauser, CVP/SVP, Mitglied der Umweltkommission, ist der Meinung, dass eine Kommission nie ihre Pflicht erfüllt hat. Er wird demnächst eine Interpellation einreichen mit dem Titel "Abfall entlang den Strassen". Die Mitglieder der Umweltkommission warten auf neue Aufträge, wobei die Themen Biotop, Staudamm, Mülldeponie besonders interessant wären.

Jean-Jacques Winter erwidert die Argumentation von Hanspeter Frey. Er erinnert sich an jene Kommissionssitzung, an welcher das Argument "Auftrag erfüllt" gefallen ist, jedoch auch zahlreiche neue Ideen genannt worden sind. Einwohnerrätliche und gemeinderätliche Kommissionen können nicht verglichen werden. Die gemeinderätliche Naturschutzkommission sei nicht vergleichbar mit der Umweltkommission, weil andere Kreise darin vertreten sind. Beide Kommissionen haben ihre Berechtigung. Im Weiteren habe jede Kommission die Möglichkeit, Fachleute zuzuziehen.

Hanspeter Frey sieht die Aufgabe der Umweltkommission darin, gemeinderätliche Geschäfte vorzubereiten. In den letzten 6 Jahren

wurden der Kommission aber keine solchen zur Bearbeitung vorgelegt. Er spricht sich nach wie vor für die Abschaffung der Umweltkommission aus.

://:

Der Antrag der FDP-Fraktion auf Streichung der lit. e in Abs. 2 § 18, Umweltkommission, wird mehrheitlich abgelehnt.

Antrag der FDP-Fraktion:

Streichung von Abs. 5 in § 18

Alice Märky, FDP-Fraktion, begründet, dass Fachkompetenzen langfristig gesichert bleiben müssen.

Mark Aellen, SP/Kaktus-Fraktion, findet diese Streichung nicht angebracht. Eine Kommission mit der heiklen Aufgabe der Geschäftskontrolle resp. Finanzkontrolle sollte einen gewissen Grad an Unabhängigkeit behalten können. Es sei Usus in denjenigen Bereichen, in welchen er geschäftlich tätig sei, derartige Aufsichtsbehörden kurzlebig zu besetzen, um eine "Vetterliwirtschaft" zu unterbinden. 12 Jahre seien eine lange Zeit, er persönlich befürworte eine Dauer von 8 Jahren.

Jakob Vogt-Pauluzzi, CVP/SVP-Fraktion, macht beliebt, die Bestimmung mit der Dauer von 12 Jahren beizubehalten, um die Konstanz in den Kommissionen zu gewährleisten und weil die Arbeit in den Kontrollorganen einer langen Einarbeitungszeit bedarf.

://:

Der Antrag der FDP-Fraktion auf Streichung des Abs. 5 § 18 wird mehrheitlich abgelehnt.

§ 19: Kein Wortbegehren.

§ 20 Geschäftsprüfungskommission

Antrag CVP/SVP-Fraktion:

Abs. 3 neu;

³Sind Beanstandungen anzubringen, so informiert die Geschäftsprüfungskommission den Gemeinderat. Diesem ist vor der Ausarbeitung der Berichterstattung an den Einwohnerrat Gelegenheit zur Stellungnahme einzuräumen. Bei schweren Pflichtverletzungen beantragt sie der Aufsichtsinstanz die Anhebung eines Disziplinarverfahrens.

Abs. 4 neu mit Text alt 3;

Abs. 5 neu mit Text alt 4;

Abs. 5 alt fällt weg.

Jakob Vogt bemängelt die Projektion der CVP/SVP-Anträge mittels Hellraumprojektor. Die Fraktion hätte eine Kopie für jedes Ratsmitglied bevorzugt.

Den Antrag der Fraktion zu § 20 begründet er wie folgt: Die Bestimmung im Reglementsentwurf des Büros stelle eine allzu starke Einmischung in die Kommissionsarbeit dar. Die Geschäftsprüfungskommission soll den Gemeinderat nur bei Beanstandungen informieren müssen. Der Gemeinderat hat Gelegenheit, bevor die GPK den Bericht ausarbeitet, Stellung zu nehmen. Damit können Missverständnisse und Unklarheiten eliminiert werden. Dann verfasst die GPK den Bericht selbstständig und dieser wird an den Einwohnerrat versandt, ohne nochmaligen Kontakt mit dem Gemeinderat. Wenn der Gemeinderat Vorwürfe als namhaft empfindet, steht es diesem frei, einen eigenen Bericht an den Einwohnerrat zu erstellen. Es sei der Fraktion wichtig, dass die GPK keine Berichte erstellen muss, welche vom Gemeinderat überarbeitet werden. Wenn die Kommission den Bericht verfasst, kennt sie den Standpunkt des Gemeinderates, wenn sie diesen vorab begrüsst hat. Diese Meinung kann im Bericht berücksichtigt werden.

Der beantragte Text entspricht demjenigen von § 37 der regierungsrätlichen Verordnung über den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen der Gemeinden. Jakob Vogt empfiehlt im Namen der Fraktion Zustimmung, denn die beiden Kontrollorgane GPK und FIREKO sollen gleichgestellt sein.

Der Vorsitzende **Dr. Guido Beretta** schlägt an dieser Stelle den Einbezug des Postulates der SP/Kaktus-Fraktion, Geschäft Nr. 3190, vor, da das Anliegen des Vorstosses identisch ist.

Jean-Jacques Winter kann sich namens der SP/Kaktus-Fraktion problemlos vorstellen, das Postulat 3190 zugunsten des Antrags der CVP/SVP zurückzuziehen. Zuerst jedoch möchte er geklärt haben, wer die mehrfach genannte Aufsichtsinstanz ist.

Weiter ist er der Meinung, dass die Protokolleinsicht nach einer Befragung immer möglich sein sollte, weil es schwer ist, Korrekturen anzubringen, wenn Missverständnisse bereits öffentlich diskutiert worden sind. Den von Jakob Vogt vorgebrachten Vorschlag, dass der Kommissionsbericht der GPK zur Stellungnahme vorgelegt werden kann, befürwortet er. Denn manchmal sei es schwierig, objektiv und subjektiv zu unterscheiden; Fehler können immer korrigiert werden. Die GPK hatte in seinen Augen im vergangenen Halbjahr den Touch einer Disziplinarkommission.

Der 2. Vizepräsident **Beat Meyer-Zehnder** erläutert die Aufsichtsinstanz: Wenn die Pflichtverletzung durch einen Mitarbeiter der Verwaltung erfolgt, ist die Aufsichtsinstanz der Gemeinderat. Erfolgt eine Pflichtverletzung durch den Gemeinderat, ist die Aufsichtsinstanz der Regierungsrat. Dies ist unabhängig von einem strafrechtlichen Verfahren durch das Statthalteramt.

Dr. Guido Beretta weist darauf hin, dass zu Abs. 5 ebenfalls ein Antrag der FDP-Fraktion vorliegt.

Antrag FDP-Fraktion:

Abs. 5 neu;

5 Sie erstattet dem Einwohnerrat Bericht über ihre das verflossene Jahr betreffenden Feststellungen. Bei schweren Pflichtverletzungen beantragt sie der Aufsichtsinstanz die Anhebung eines Disziplinarverfahrens.

Jakob Vogt präzisiert, dass gemäss Kursivdruck Abs. 5 der verfasste Bericht dem Gemeinderat zur Stellungnahme vorgelegt werden muss. Er empfindet diese Bestimmung als zu einschränkend.

Dr. Guido Beretta bittet um Stellungnahme des Gemeinderates, welche Variante bevorzugt wird.

Für den Gemeinderat sei wichtig, dass das Gespräch zwischen GPK und Gemeinderat funktioniere, antwortet Gemeindepräsidentin Ruth Greiner. GPK und FIREKO sind für den Gemeinderat wichtige Kommissionen, welche die Verantwortung für die Führung und Verwaltung der Gemeinde mittragen. Eine gute Zusammenarbeit, aber durchaus auch Kritik, sei hilfreich.

Aus der Sicht des Gemeinderates haben beide Varianten Vor- und Nachteile. Bei der CVP/SVP-Variante sieht der Gemeinderat den Bericht vor dem Aussand nicht, jedoch besteht die Möglichkeit, vorab Missverständnisse auszuräumen. Fliessen die Anmerkungen des Gemeinderates in den Bericht ein, so stellt sie sicher ein gutes Instrument dar. Die zweite Variante, bei welcher die Möglichkeit für den Gemeinderat besteht, gleichzeitig mit dem Kommissionsbericht eine Stellungnahme zu versenden, ist ebenfalls praktikabel. Die Version der FDP wird abgelehnt, weil keine Möglichkeit zur Rücksprache besteht. Im Sinne der Sache spricht sich **Ruth Greiner** im Namen des Gemeinderates für den Vorschlag der CVP/SVP- resp. der SP/Kaktus-Fraktion aus.

Alice Märky erklärt sich seitens der FDP-Fraktion bereit, den Antrag der FDP zurückzuziehen, sofern der Antrag CVP/SVP Zustimmung findet.

Mark Aellen, SP/Kaktus-Fraktion, ist erstaunt, dass beim vorliegenden Vorschlag von Zensur gesprochen wird. Dies sei die einzige Variante, bei der Kommissionsbericht nicht verändert wird. Eine Zensur sei bei keinem der Vorschläge der Fall.

Zur Aufsichtsinstanz: Auf Seite 5 des Berichts des ER-Büros, § 18 Abs. 1, stehe ganz klar, dass der Einwohnerrat die Aufsichtsinstanz sei.

Dr. Guido Beretta hält diesbezüglich fest, dass sich dieser Passus auf die ständigen Kommissionen bezieht (§ 18), zu welchen auch die FIREKO und die GPK gehören.

://:

Der Antrag der CVP/SVP-Fraktion für den Einschub eines neuen Abs. 3 findet mehrheitlich Zustimmung. Damit gilt der Antrag der FDP-Fraktion als zurückgezogen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass damit Abs. 5 gemäss Bericht des ER-Büros bestehen bleibt.

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus, hat die Erläuterungen von Jakob Vogt zum Antrag CVP/SVP so verstanden, dass damit Abs. 5 gestrichen wird. In diesem Sinne hat er auch zugestimmt.

Dr. Max Ribi, FDP, weist darauf hin, dass der 1. Satz in Abs. 5 ("5 Sie ((die GPK)) erstattet dem Einwohnerrat Bericht über ihre das verflossene Jahr betreffenden Feststellungen") bestehen bleiben muss, da diese Bestimmung noch an keiner Stelle festgehalten ist.

Gemeinderat **Dr. Anton Lauber** äussert namens des Gemeinderates den Wunsch, dass sämtliche GPK-Berichte dem Einwohnerrat zur Kenntnis gebracht werden sollen. Die Bestimmung "Sie erstattet Bericht über ihre das verflossene Jahr betreffenden Feststellungen" umfasst nur den Amtsbericht. Der ursprüngliche Auftrag der GPK lautete auf Berichterstattung zum Amtsbericht. In der Praxis hat sich jedoch die Berichterstattung zu einzelnen Sachgeschäften eingebürgert. Hier dürfe nicht nur der Amtsbericht, sondern müssen alle Berichte berücksichtigt werden.

Dr. Guido Beretta sieht verschiedene Lösungen, so z.B. ein Einschub in Abs. 3:

3 Sind Beanstandungen zu Berichten anzubringen... Er schlägt vor, dass das Büro des Einwohnerrates zu Handen der 2. Lesung eine entsprechende Formulierung ausarbeiten wird.

://:

Das Büro des Einwohnerrates wird beauftragt, zu Händen der 2. Lesung im Ratsplenum einen Formulierungsvorschlag zu § 20 Absatz 5 auszuarbeiten, welcher die Voten von Max Ribi und Anton Lauber berücksichtigt.

§ 21: Kein Wortbegehren.

§ 22: Kein Wortbegehren.

§ 23: Kein Wortbegehren.

§ 24 Nichtständige Spezialkommissionen

Antrag CVP/SVP-Fraktion:

Abs. 5: Letzter Satz streichen. Wortlaut neu:

⁵Die Amtsdauer der nichtständigen Kommission beginnt mit dem Tag der Einsetzung.

Jakob Vogt-Pauluzzi begründet die Streichung damit, dass der letzte Satz kein Zusammenhang mit der vierjährigen Amtsperiode des Einwohnerrates habe. Eine Spezialkommission könne die Arbeit jederzeit aufnehmen und beenden.

Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, sieht ein Problem darin, dass die Kommissionsmitglieder bereits aus dem Rat ausgeschieden sein könnten. Dann müssten neue Mitglieder gewählt werden.

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, nimmt Bezug auf die zu Ende gehende Legislatur am 30.6.2000. Sämtliche Kommissionen werden per 1.7.2000 neu besetzt. Auch die Sonder-/Spezialkommissionen müssen dann neu bestellt werden. Es mache keinen Sinn, diese nicht im Rhythmus des Einwohnerrates ebenfalls zu wählen.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** schliesst sich der Argumentation ihres Vorredners bezüglich den nichtständigen Spezialkommissionen an. Im Grunde genommen ist es eine Kommission, die neu gewählt werden muss bei Beginn einer neuen Legislaturperiode; es könnte ja sein, dass einige Kommissionsmitglieder nicht mehr Mitglied im Einwohnerrat sind. Sie empfiehlt, Abs. 5 ganz zu streichen.

Olivier Rüegegger, SP/Kaktus-Fraktion, merkt an, dass sich Spezialkommissionen möglicherweise nicht nur aus Mitgliedern des Einwohnerrates zusammensetzen.

Dr. Guido Beretta rät aus Gründen der freieren Auslegung ebenfalls zur Streichung von Abs. 5.

Jakob Vogt beantragt im Namen der CVP/SVP-Fraktion die Streichung des gesamten Wortlauts § 24 Abs. 5.

://:

Der Streichung von § 24 Abs. 5 wird mehrheitlich zugestimmt. Abs. 1-4 bleiben unverändert gemäss Bericht 3214 bestehen.

§ 25: Kein Wortbegehren.

§ 26: Kein Wortbegehren.

§ 27: Kein Wortbegehren.

§ 28: Kein Wortbegehren.

§ 29 Zuweisung eines Geschäftes an mehrere Kommissionen

Antrag CVP/SVP-Fraktion:

Anfügen: Das Büro bestimmt die federführende Kommission.

Jakob Vogt, CVP/SVP-Fraktion, begründet den Zusatz mit der Notwendigkeit für eine Anlaufstelle.

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, ist der Meinung, dass der Einwohnerrat die federführende Kommission bestimmen soll.

Jakob Vogt präzisiert die Meinung der CVP/SVP-Fraktion: Das Büro hat die Aufsicht über die Kommissionsarbeit. Deshalb soll dieses in Absprache mit dem Kommissionspräsidium die Federführung bestimmen.

Dr. Max Ribi, FDP: Im Landrat wird die Federführung durch das Büro bestimmt.

://:

Der Antrag der CVP/SVP-Fraktion für den Zusatz "Das Büro bestimmt die federführende Kommission" wird mehrheitlich gutgeheissen.

§ 30: Kein Wortbegehren.

§ 31 Protokolle der Kommissionen

Antrag CVP/SVP-Fraktion:

Einschub Abs. 4 lit. b;

4b. auf Verlangen auszugsweise den an der Sitzung teilnehmenden, kommissionsfremden Personen zur Kontrolle ihrer Aussagen;

...

Jakob Vogt: Der Antrag der CVP/SVP-Fraktion bezieht sich nur auf die für vertraulich erklärten Protokolle und auf kommissionsfremde Personen. Dieser Personenkreis sollte möglichst eng gehalten werden.

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, besteht auf das grundsätzliche Recht jeder Person, die befragt worden ist, den entsprechenden Protokollauszug einsehen zu können. Er ist für eine grundsätzliche Zustellung.

Dr. Guido Beretta weist auf den dadurch entstehenden administrativen Aufwand hin.

Dr. Anton Lauber, Gemeinderat, nimmt persönlich Stellung zum Thema "Vertraulichkeit": Jede Kommission hat ihr Amts- und Kommissionsgeheimnis; somit ist klar, dass die Protokolle nicht zirkulieren dürfen. Es gehe um den Inhalt von Aussagen der Kommissionsmitglieder selber und externer Personen, welche Einsitz in der Kommission genommen und Stellung bezogen haben. Der Sprechende befürchtet einen Missbrauch der Vertraulichkeit; die Protokolle könnten einen unverhältnismässigen Stellenwert erhalten. Er bittet diesen Standpunkt zu überdenken. Im Militär beispielsweise wurden praktisch sämtliche vertraulichen Dokumente abgeschafft.

://:

Der Antrag der CVP/SVP-Fraktion auf Einschub § 31 Abs. 4 lit. b "auf Verlangen" wird mit 16: 10 Stimmen gutgeheissen.

§ 32: Kein Wortbegehren.

§ 33: Kein Wortbegehren.

§ 34: Kein Wortbegehren.

§ 35: Kein Wortbegehren.

§ 36: Kein Wortbegehren.

§ 37: Kein Wortbegehren.

§ 38: Kein Wortbegehren.

§ 39: Kein Wortbegehren.

§ 40 Behandlung von Motionen und Postulaten

Antrag FDP-Fraktion:

Streichung von Abs. 3

Alice Märky, FDP-Fraktion, erläutert, dass diese Bestimmung auch in § 43 enthalten ist. Es handelt sich um eine unnötige Wiederholung.

://:

Dem Antrag der FDP-Fraktion auf Streichung von § 40 Abs. 3 wird mehrheitlich zugestimmt.

§ 41 Erfüllung und Abschreibung

Antrag der CVP/SVP-Fraktion:

Streichung von Abs. 3

Jakob Vogt-Pauluzzi begründet im Namen der CVP/SVP-Fraktion, dass die Auflistung von erheblich erklärten Motionen und überwiesenen Postulaten, welche noch nicht erledigt sind, im Amtsbericht genügt.

Olivier Rügsegger, SP/Kaktus-Fraktion, weist darauf hin, dass im Rahmen der ER-Beratung des Amtsberichts die Abschreibung der Geschäfte – wenn auch ohne eigene Geschäftsnummer - als eigenes Geschäft behandelt wird. Im Amtsbericht wäre sonst nur noch eine "en bloc-Beratung" möglich.

Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, ist der Meinung, dass mit dem Amtsbericht die Abschreibung von Geschäften differenzierter gehandhabt werden kann.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion, empfindet eine stillschweigende Abschreibung als störend. Sonst könnten einige Geschäfte, die länger als 4 Jahre pendent sind, unerledigt bleiben.

Hanspeter Frey, FDP-Fraktion: Im Amtsbericht wird der Stand der Behandlung der hängigen Geschäfte aufgezeigt. Was mit der Bestimmung von Abs. 3 gemeint ist, stellt nämlich einen separaten Bericht des Gemeinderates dar. Jeder Einwohnerrat hat die

Möglichkeit, damit der Abschreibung zuzustimmen oder nicht. Er befürwortet das Beibehalten von Abs. 3. Der Gemeinderat soll dem Einwohnerrat mittels Bericht die nicht behandelten Geschäfte begründen.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** sieht keinen Grund, warum dies nicht auch im Amtsbericht geschehen kann. Dort ist jeweils aufgelistet, welche Geschäfte der Gemeinderat zur Abschreibung vorschlägt; der Entscheid liegt beim Einwohnerrat. Sie weist auf den zeitlichen Aufwand für die Erarbeitung eines separaten Berichts hin und stellt in Frage, ob es für die Entscheidungsfindung der Ratsmitglieder massgeblich ist.

://:

Dem Antrag der CVP/SVP-Fraktion auf Streichung von § 41 Abs. 3 wird mehrheitlich zugestimmt.

Fragestunde

Es sind keine schriftlich formulierten Fragen eingegangen.

Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, erkundigt sich bei Bruno Steiger, Departementsvorsteher Tiefbau, warum die Türen der beiden Telefonkabinen an der Tramhaltestelle Ziegelei seit längerem fehlen.

Gemeinderat **Bruno Steiger** sagt aus, dass Telefonkabinen grundsätzlich von der POST ausgemustert werden. Sofern die betroffene Gemeinde nicht zu einer Uebernahme bereit ist, werden diese entfernt. Die Telefonkabinen sind im Besitz der Swisscom.

Ruth Greiner, Gemeindepräsidentin, sichert der Fragestellerin zu, dass ihre Frage zuständigkeithalber an die POST weitergeleitet wird.

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus-Fraktion, richtet folgende Fragen an den Departementsvorsteher Tiefbau, Roman Meury: In seiner Ablage ist er auf zahlreiche frühere Studien des Gemeinderates gestossen, so z.B. zu den Themen: Einkaufsparadies (1988), Verkehrsplanung, Schulhäuser, etc.

1. Weiss der Gemeinderat, wo sich diese im Archiv befinden?
2. Was ist damit gemacht worden resp. was beabsichtigt der Gemeinderat noch damit zu tun?
3. Werden Gedankenanstösse aus dem Rat benötigt, um diese Dokumente zu "entstauben"?

Gemeinderat **Roman Meury** ist der Meinung, dass das Eine oder Andere überholt worden und in ein neues Projekt eingeflossen ist, so z.B. im Rahmen der Bearbeitung des Themas "Tempo 30". Er schlägt vor, die Dokumente aufzubewahren und persönliche Vorstösse daraus zu formulieren.

Marisa Ullrich Schreier, SP/Kaktus-Fraktion fragt an, ob der Gemeinderat bereits etwas unternommen hat, um das Label "Energistadt 21", analog Reinach, zu erhalten?

Die Departementsvorsteherin Umwelt und Sicherheit, **Rosmarie Hofer**, teilt mit, dass entsprechende Verhandlungen mit der Elektra Birseck Münchenstein laufen, diese aber noch im Anfangsstadium sind.

Bericht des Gemeinderates betreffend Postulat von **Andreas Graf** und **Olivier Rüeegsegger**, SP/Kaktus-Fraktion, Einrichtung einer direkten Kleinbuslinie während der Hauptverkehrszeiten zum Bahnhof Basel SBB, Geschäft 3058A

Roman Meury, Departementsvorsteher Tiefbau, gibt bekannt, dass der Gemeinderat dieses Postulat ablehnt – obwohl es sein erklärtes Ziel sei, eine bessere Verbindung von Allschwil zum Bahnhof SBB zu schaffen.

Die BVB habe im Vergleich zu den veranschlagten Kosten ein relativ bescheidenes Angebot unterbreitet: Für Fr. 25'000 könnte das Angebot an Verbindungen attraktiver sein. Der Kanton Basel-Land weist im Budget 2000 Fr. 80'000 aus für eine Studie zur Erschliessung Allschwils mit dem öffentlichen Verkehr (innerhalb Allschwil und Anbindung an Bahnhof). Dieses Resultat sollte abgewartet werden, um bessere Möglichkeiten zu schaffen. Der gemeinderätliche Sprecher bittet den Rat, das Postulat nicht zu überweisen, jedoch stehen zu lassen, bis genauere Angaben seitens Kanton vorliegen.

Der Postulant **Olivier Rüeegsegger**, SP/Kaktus, verweist auf den BaZ-Artikel zum Thema, der schon einige Zeit zurückliegt. Nach zahlreichen Vorstössen liege nun endlich ein Angebot für eine Direktverbindung vor. Er stimmt zu, dass die Offerte der BVB dürtig ausgefallen ist und hat Verständnis für den Gemeinderat, wenn er einen zweiten "Geisterbus" vermeiden will. Olivier Rüeegsegger hofft, dass durch die Gesamtuntersuchung seitens der kantonalen Behörden Bewegung in die Angelegenheit kommt. Er möchte keinen Kleinbus "durchzwängen" und stellt seine Zustimmung zu den gemeinderätlichen Anträgen in Aussicht.

Jakob Vogt-Pauluzzi, CVP/SVP-Fraktion, schliesst sich den Anträgen des Gemeinderates an. Die Schaffung einer Kleinbus-Linie wäre von Anfang an zum Scheitern verurteilt, weil dieser nicht dem Tarifverbund Nordwestschweiz angeschlossen wäre. Der

Gemeinderat soll die Angelegenheit weiterverfolgen.

Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, schliesst sich der Meinung seiner Vorredner an. Die Lösung zur Direktverbindung Allschwil – Bahnhof SBB muss zusammen mit dem Kanton gesucht werden. Persönlich ist er nach wie vor überzeugt von der Doppelführung des 6er-Trams, was auch eine doppelspurige Schlaufe am Dorfplatz bedeuten würde, damit dieses direkt zum Bahnhof geführt werden kann. Er sei kein Freund von neuen Buslinien, so weiter Max Ribi, da diese anfälliger auf Hindernisse seien als Trams. Er blickt gespannt der Einführung der Verlängerung der Linie 38 im Bachgrabengebiet ab 3. Juli 2000 entgegen.

://:

Es wird mehrheitlich wie folgt beschlossen:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Kanton im Jahr 2000 eine Gesamtuntersuchung der Situation des öffentlichen Verkehrs in unserer Gemeinde durchführen wird.
2. Der Gemeinderat erstattet nach Vorliegen dieser Gesamtuntersuchung dem Einwohnerrat innert nützlicher Frist Bericht und Antrag.
3. Auf die von den BVB vorgeschlagene Einrichtung einer Kleinbuslinie mit zwei direkten Morgenkursen zum Bahnhof SBB wird verzichtet.
4. Das Postulat Nr. 3058 wird stehen gelassen.

Postulat von Heinz Baumgartner, SP/Kaktus-Fraktion, betreffend Schaffung eines Kindergartenrektorates (KG-Rektorat) ,Geschäft 3181

Departementsvorsteherin Bildung/Erziehung/ Kultur, **Beatrice Fuchs**, begründet den ablehnenden Entscheid des Gemeinderates wie folgt:

Der Bildungssektor ist im Umbruch. Nach Inkrafttreten des neuen Bildungsgesetzes in ca. 2 - 3 Jahren wird der Kindergarten neu in das Bildungsangebot aufgenommen, d.h. der Kindergarten bildet zusammen mit der Primarschule die Volksschule. Denkbar wäre die Führung des Rektorates Primar/Kindergarten durch eine Primarlehrkraft und das Konrektorat durch eine Kindergartenlehrkraft. Die meisten Anliegen müssen schon heute in der Ortsschulpflege besprochen werden, da die Kindergartenkommission per 1.7.2000 in diese Behörde integriert wird. Marianne Jans, Präsidentin der bisherigen KG-Kommission, wurde per 1.1.2000 in die Ortsschulpflege gewählt und ist in dieser Behörde Vize-Präsidentin und zuständig für die Kindergärten. Bisher hat sie ebenfalls das KG-Sekretariat betreut, was eigentlich nicht in ihren Aufgabenbereich fällt. Bis zum Zeitpunkt der Inkraftsetzung des neuen Bildungsgesetzes nimmt sie eine Art Rektorinnen-Funktion wahr mit entsprechendem Aufgabenkatalog. Bei Inkraftsetzung des neuen Bildungsgesetzes werden die Aufgaben neu verteilt und der Bedarf für ein KG-Rektorat abgeklärt. Der Gemeinderat sieht im Moment davon ab.

Ein KG-Rektorat würde in Allschwil mit 19 Kindergärten einer 40 % Stelle entsprechen und - ohne Infrastruktur - Kosten von Fr. 36'000 verursachen. Bereits jetzt führen die Kindergärtnerinnen in einem 3er-Kollegium ein FQS (Formatives Qualitätssicherungs-Evaluationssystem) durch, welches gegenseitige Hilfestellungen unter den KG-Lehrkräften ermöglicht. Zudem sind die Kindergärten in Quartiergruppen zusammengeschlossen.

Aufgaben, die einem künftigen KG-Rektorat zufallen würden, sind in Allschwil weitgehend durch das Schulsekretariate und die Verantwortlichen in der Ortsschulpflege gewährleistet.

Der Postulant **Heinz Baumgartner**, SP/Kaktus-Fraktion, dankt für die Ausführungen von Bea Fuchs. Wie bereits erwähnt wurde die Kindergartenkommission in die Ortsschulpflege integriert. Das neu zu schaffende KG-Rektorat hätte die pädagogische und administrative Leitung für den Kindergarten. Es garantiert eine professionelle Führung der Kindergärten, welche für eine Gemeinde in der Grösse Allschwils zulässig ist. Die pädagogischen Aufgaben des KG-Rektorates sind im Postulat 3181 erwähnt.

Dem Kindergarten kommt heute eine andere Bedeutung zu als noch vor 20 Jahren. Er erleichtert dem Kind den Übertritt in die Schule und hat wichtige pädagogische Aufgaben. Alle Schulbereiche ausser dem Kindergarten verfügen über ein Rektorat. Sollte der Vorstoss heute keine Mehrheit finden, so müsste sich Heinz Baumgartner folgende Fragen stellen: Wie wichtig ist der Gemeinde das Kindergarten-Wesen? Wieso betonen Gemeinderat und Einwohnerrat die Wichtigkeit von Früherkennung, Integration und schulischer Ausbildung vielfach? Sind gar die anderen Schulrektorate überflüssig?

Grosse Veränderungen stehen durch das neue Bildungsgesetz bevor, jedoch wird es noch 3 – 4 Jahre dauern bis zu dessen Einführung. Gemäss neuem Gesetz wird der Kindergarten ebenfalls in die Schulleitung integriert. Wird heute ein KG-Rektorat geschaffen, hat die KG-Rektorin die Möglichkeit, sich in ihre Aufgabe einzuarbeiten, Erfahrungen zu sammeln und könnte in die neue Schulleitung integriert werden. Die kantonalen Behörden begrüssen ein KG-Rektorat für Allschwil. Die Ortsschulpflege könne ja nicht die pädagogische Leitung für den KG haben, weil sie eine politische Behörde ist, welche lediglich Aufsichtsorgan ist. Er

befürchtet, dass der Kindergarten, da freiwillig, von Seiten der Ortsschulpflege zuwenig beachtet wird, d.h. nur am Rande mitgezogen wird. Das Kindergarten-Inspektorat hat keinerlei Vollzugscharakter, lediglich Empfehlungscharakter. Das Kindergartenwesen unterliegt der Gemeindeautonomie. Das Anliegen des Postulates wurde detailliert ausgeführt, weil eine detaillierte Abklärung erwartet wurde. Heinz Baumgartner bittet um Überweisung seines Vorstosses an den Gemeinderat.

Alice Märky, FDP-Fraktion:

All diese Aufgaben sind bisher durch Marianne Jans erfüllt worden. Auch innerhalb der neuen Schulpflege ist eine Berücksichtigung des Kindergartens wichtig, damit nach wie vor eine Ansprechperson für die Eltern vorhanden ist. Für die Schaffung eines KG-Rektorates ist es noch zu früh. Zuerst sollte das neue Bildungsgesetz abgewartet werden. Dannzumal kann erneut darüber diskutiert werden. Evt. könnte vorerst eine Sachbearbeiterin zur Wahrnehmung der aufgeführten Aufgaben eingestellt werden.

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus:

Zur Zeit arbeiten in der Schulpflege zwei Rektoren als Beisitzer mit beratender Stimme mit. In der neuen Verwaltung werden alle Rektorate zusammengefasst. Weshalb sollte es nicht möglich sein, gleichzeitig ein KG-Rektorat einzurichten. Auch für die Kindergärtnerinnen wäre eine Rektorin als erste Anlaufstelle sehr hilfreich. Die von der FDP vorgeschlagene Notlösung mittels Anstellung einer Sachbearbeiterin kann er nicht unterstützen. Es geht darum, dass den Kindergärtnerinnen eine kompetente Ansprechperson zur Seite steht wie bereits für die Lehrerschaft vorhanden. Arnold Julier z.B. hat auch nicht den Auftrag, die Geschäfte für den Lehrkörper vorzubereiten. Dies übernimmt oft Marc Arnold. Er plädiert dafür, das Postulat dem Gemeinderat zu überweisen und im Hinblick auf den Umzug in die neue Gemeindeverwaltung zu prüfen.

Felix Mensch, CVP/SVP-Fraktion: Das gesamte Schulwesen ist im Umbruch. Die Fraktion ist der Meinung, dass der Zeitpunkt für die Beratung dieses Themas zu früh ist. Es ist abzuwarten, bis Ansätze sichtbar sind. Bei der Auflösung der KG-Kommission werden sicherlich einige Fragen und Probleme auftreten, welche beraten und gelöst werden müssen. Die Fraktion schliesst sich den Überlegungen des Gemeinderates an und beantragt ebenfalls, die Überweisung des Postulates abzulehnen.

Heinz Baumgartner, SP/Kaktus-Fraktion:

Nimmt Stellung zu den Ausführungen von Felix Mensch. Es ist zu einfach immer nur abzuwarten. Es sind zur Zeit 400 KG-Kinder und deren Eltern. Während der kommenden 4 Jahre fehlt eine direkte Ansprechperson, hält er fest. Er betont, dass sämtliche kantonale Stellen wie Schulinspektorat, KG-Inspektorat, aber auch die Kindergärtnerinnen die Schaffung eines KG-Rektorates sehr begrüssen würden.

Beatrice Fuchs hält mit Nachdruck fest, dass man sich nicht in luftleerem Raum befinde, es seien sehr wohl Ansprechpartner/innen vorhanden. Die Gemeinde Allschwil hat das grosse Glück, dass die amtierende KGK-Präsidentin diese Aufgaben auch nach dem 1. Juli 2000 kompetent wahrnehmen wird.

Felix Mensch, CVP/SVP, bekundet Mühe mit der frühen Einschulung der heutigen Kinder; Seiner Ansicht nach dürfen Kinder heutzutage nicht mehr Kinder sein.

Arnold Julier, CVP/SVP und Schulpflegepräsident Primarschulstufe, erachtet den Zeitpunkt auch als zu früh. Sehr wahrscheinlich wird das neue Bildungsgesetz 2002/2003 in Kraft treten. Der Allschwiler Kindergarten verfügte auch während der letzten Jahre sehr wohl über eine pädagogische Führung, stellt er richtig. Es wurde vom Gemeinderat eine Lösung geschaffen für die Übergangszeit. In der Person von Marianne Jans ist die Kontinuität weiterhin gewährleistet. Die Verteilung der Adm. Arbeit stellte ein kleines Problem dar. Dieses konnte mit einem entsprechenden Konzept vorerst gelöst werden. Auch die Schulpflegen anderer Gemeinden wehren sich gegen die Einrichtung eines KG-Rektorates und warten die Inkraftsetzung des neuen Bildungsgesetzes ab. Den Vorwurf, dass das Kindergartenwesen durch die Schulpflege nur so nebenbei berücksichtigt wird, weist er mit Nachdruck zurück. Er ist überzeugt, dass die Ortsschulpflege das Kindergartenwesen umfassend und gut betreut.

Jean-Jacques Winter, SP/Kaktus, betont die eminente Wichtigkeit der Stufe Kindergarten. Stichwort 2002: Die Überweisung des Postulates stellt kein Problem dar. Die Behandlung eines Postulates dauert 2 Jahre.

Marisa Ullrich Schreier, SP/Kaktus, befürwortet das Postulat sehr. Es werden auf der Stufe Kindergarten viele wichtige Weichen für die Zukunft gestellt.

://:

Die Überweisung des Postulates an den Gemeinderat wird mit 18:11 Stimmen abgelehnt.

Postulat von Alexandre Philipp, FDP-Fraktion, betreffend Verbesserung der Informationsdichte durch den Gemeinderat, Geschäft 3189

GP Ruth Greiner nimmt Stellung: Seit längerem ist es erklärtes Ziel des Gemeinderates, die Information und Kommunikation zu verbessern. Neue Formen müssen entwickelt werden. Es sind diesbezüglich auch vom Einwohnerrat unterschiedliche Signale ausgegangen. Der Gemeinderat begrüsst diese Signale und hat sich - trotz Ablehnung eines entsprechenden Konzeptes - mit grossem Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit sehr bescheidenen Mitteln das Ziel gesteckt, eine Verbesserung der Information zu erreichen. In diesem Zusammenhang erwähnt sie besonders Markus Rudolf-von-Rohr, Hauptverantwortlicher in

Sachen Information. Er hat in dieser Beziehung sehr wichtige Impulse eingebracht. Die Informationsweise stellt oftmals eine Gratwanderung dar, zum Beispiel im Zusammenhang mit der neuen Gemeindeverwaltung. Die ungewöhnliche Art der Kommunikation ist nicht bei allen gut angekommen. Trotzdem ist der Gemeinderat nach wie vor bestrebt, laufend Verbesserungen zu erreichen. In diesem Sinne nimmt er das Postulat gerne entgegen, hofft aber auch auf Verständnis, wenn neue Wege gegangen werden.

Alexandre Philipp, FDP-Fraktion, dankt für die Ausführungen. Es ist ersichtlich, dass Anstrengungen zur Verbesserung der Information unternommen werden. Ihn interessiert das Prinzip, d.h. nach welcher Systematik die Informationen ausgewählt werden. Es sollte nicht Willkür oder das Popularitätsprinzip sein. Nach den Gemeinderatssitzungen sollte, was nicht vertraulichen Charakter hat, veröffentlicht werden. Als schlechtes Beispiel führt er das Thema "Golf Factory" an. Es wäre sinnvoll gewesen, im Voraus zu kommunizieren. Als gute Beispiele indessen erwähnt er "ADtranz", "Einführung der Bus-Linie 38", "Verlängerung des Rauracherweges". Es ist gut und wichtig, dass rasch informiert wird.

://:

Das Postulat wird mehrheitlich an den Gemeinderat überwiesen.

Postulat von Heinz Baumgartner, SP/Kaktus-Fraktion, betreffend "Mobile Geschwindigkeitsanzeigen" in Quartierstrassen ,Geschäft 3201

Departementsvorsteherin Umwelt und Sicherheit, **Rosmarie Hofer**, informiert, dass die Gemeinde Allschwil eine mobile Geschwindigkeitsanzeige besitzt und diese im Sinne des Postulates bereits installiert worden ist.

://:

Das Postulat wird mehrheitlich an den Gemeinderat überwiesen und gleichzeitig als erledigt abgeschrieben.

Postulat der SP/Kaktus-Fraktion betreffend Sicherheit im Bereich der Traminseln entlang der Baslerstrasse ,Geschäft 3204

Gemeinderat **Roman Meury**, Departementsvorsteher Tiefbau: Vor noch nicht langer Zeit wurde bereits ein ähnliches Postulat behandelt. Das letzte Postulat wurde als allgemeiner Auftrag zur Prüfung erfüllt. Jetzt wird betreffend bauliche Massnahmen und Kosten wesentlich Aufwändigeres verlangt. Er bedauert, dass eine Art Wunschkatalog vorliegt, insbesondere, da es sich um Kantonsstrassen handelt, also der Kanton Ansprechpartner für derartige Bauvorhaben ist. Roman Meury hätte anstelle des allgemein gehaltenen Postulates eine konkrete Forderung bevorzugt. Der Gemeinderat ist im Interesse der Sicherheit bereit, das Postulat entgegen zunehmen und an den Kanton weiterzuleiten. Er befürchtet jedoch, dass aufgrund der allgemein gehaltenen Forderung vom Kanton keine konkreten Verbesserungsmassnahmen vorgeschlagen bzw. geprüft werden.

Olivier Rügsegger, SP/Kaktus, hatte nicht die Möglichkeit, eingehende Abklärungen vorzunehmen. Deshalb ist sein Vorstoss allgemeiner Art. Er spricht aufgrund seiner Erfahrung als Velofahrer; die Gefahren bestehen nach wie vor.

Felix Mensch, CVP/SVP, erinnert sich, dass jede einzelne Traminsel bis an die Stadtgrenze überprüft wurde. Die Verhältnismässigkeit wurde abgeklärt, meint er. Alles Machbare wurde realisiert.

Roman Meury entgegnet, dass er falsch verstanden wurde. Das letzte Mal wurde das Anbringen von Geländern und Blenden geprüft. Er bedauert, dass die Forderungen und Massnahmen sich nicht auf klar definierte Traminseln beziehen.

Olivier Rügsegger stört sich daran, dass stets die Machbarkeit im Vordergrund steht. Erst ein Unfallereignis relativiere diese. Er erwartet, dass präventive Massnahmen geprüft werden, bevor sich ein Unfall ereignet. Deshalb bittet er um Überweisung seines Postulates.

Alice Märky, FDP, erkundigt sich, ob Olivier Rügsegger evtl. ein konkreteres Postulat einreichen könnte.

://:

Die Überweisung des Postulates an den Gemeinderat wird mit 18:12 Stimmen abgelehnt.